

Der U-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe.

N Berlin, 22. Febr. In einer Ansprache an die Vertreter amerikanischer Zeitungen, die jetzt im Wortlaut vorliegt, hat der Staatssekretär Lansing am 16. Februar seine Ansicht über die deutsche Denkschrift über die Bewaffnung englischer Handelsschiffe erläutert. Diese Denkschrift hat ihm damals mit ihren Anlagen nicht im Wortlaut vorgelegen, aber er hat sie gleichwohl abgelehnt und rechnet damit, daß die Verbandsmächte den von ihm ihnen unterbreiteten Vorschlag über die Entwaffnung von Handelsschiffen ablehnen werden. Dann wird sich die amerikanische Regierung dabei beruhigen und annehmen, daß die Handelsschiffe nur zu Verteidigungszwecken bewaffnet werden, und sie wird daher auch von einer Warnung an die Amerikaner, auf solchen Schiffen zu reisen, absehen. Dafür gedenkt die amerikanische Regierung die deutsche Regierung zu einer Erklärung aufzufordern, wie sie bewaffnete von unbewaffneten Schiffen zu unterscheiden beabsichtigt. Wie schon gesagt, lagen der Wortlaut der Denkschrift und vor allem ihre Anlagen dem Staatssekretär Lansing in dem Augenblick, als er diese Ausführungen machte, nicht vor, und es ist nicht unmöglich, daß wenn die amerikanische Regierung erst den Wortlaut der Denkschrift mit ihren Anlagen in ihren Händen hat, sie sich eines anderen besinnen und einsehen wird, daß die englischen Handelsschiffe nicht zur Verteidigung, sondern zu Angriffszwecken bewaffnet sind. Die „Kreuzzeitung“ hält diese Auffassung jedoch für „reichlich optimistisch“ und bemerkt:

Auch ein noch so kurzer telegraphischer Auszug wird den springenden Punkt, daß England seine Handelsschiffe zu angreifswertem Vorgehen anhält, nicht übergangen haben. Ueberdies zeigt die ganze Ansprache so deutlich das Bestreben, Schädigungen von den Vierverbandsmächten fernzuhalten, daß wir nicht glauben, dies Bestreben werde durch noch so schlagende deutsche Argumente irgendwie gestört werden. Das System der „Schutzengel“ wird also weiter angewendet und ausgebildet werden, und sobald die Ankündigung unserer Denkschrift verwirklicht wird, wird es demgemäß auch zu diplomatischen Auseinandersetzungen mit Amerika kommen. Es erscheint uns zwecklos und töricht, vor dieser Sachlage die Augen verschließen zu wollen.

New York, 23. Febr. (Priv.-Tel.) Nach allen Anzeichen ist es offenbar, daß die letzte Mitteilung der deutschen Regierung in der „Lusitania“-Frage die amerikanische Regierung völlig befriedigt hat, soweit es sich um die „Lusitania“-Frage im besonderen handelt. Zu der deutschen Ankündigung bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe kann die amerikanische Regierung erst Stellung nehmen, wenn die Belege zu der deutschen Ankündigung angekommen sind und die Alliierten auf den amerikanischen Vorschlag eines modus vivendi geantwortet haben.

Die „Evening Post“ berichtet aus Washington: Die amerikanische Regierung teile allen ihren Botschaftern im Auslande mit, daß sie die deutsche Ansicht nicht anerkennen könne, nach der Handelsschiffe, die zur Verteidigung bewaffnet seien, Kriegsschiffe sind und daher Angriffen ohne vorherige Warnung ausgesetzt sein sollen. Eine Denkschrift, die die Ansicht Wilsons und Lansings wiedergibt, ist an die diplomatischen Vertreter Amerikas telegraphiert worden, nicht, um von ihnen formell irgend einer Regierung unterbreitet zu werden, sondern um ihnen die Richtlinien bei etwaigen Besprechungen über die amerikanische Auffassung zu geben.

Die Associated Press meldet aus Washington: Senator Stone, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, hat im Senat angekündigt, daß er in der nächsten Woche über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den auswärtigen Mächten, die im Kriege stehen eine Erklärung abgeben und zu der jüngst gehaltenen Rede des früheren Senators Root über die auswärtige Politik der Regierung einige Bemerkungen machen würde. Stone sagte, er halte die Frage der bewaffneten Handelsschiffe für eine strittige, die der Senat ausführlich, nicht in parteiischer Weise besprechen sollte, mit der Absicht, festzustellen, „was eine weise und gerechte Politik der gegenwärtigen Regierung im Interesse des Völkerrechts und strikter Neutralität sein solle“.

t Haag, 23. Febr. (Priv.-Tel., zens. Krift.) Die „Daily Mail“ zerbricht sich in einem Artikel den Kopf darüber, wie der neue Unterseeboottypus aussehen müsse, den Deutschland nunmehr in Wirksamkeit gestellt habe.